

## Chancen der Transformation nutzen – den Umbruch sozial gestalten

### Auf einen Blick:

- Unser Ziel ist es, die natürlichen Lebensgrundlagen für die jetzige und für kommende Generationen zu sichern. Dazu braucht es einen tiefgreifenden Wandel hin zu einer klimaneutralen Wirtschaft und Gesellschaft, der nur gelingt, wenn alle dabei mitgenommen werden.
- Zentral ist deshalb für uns, dass dieser umfassende Wandel sozial gerecht gestaltet wird. Teilhabe, Mitbestimmung und soziale Sicherheit schaffen die Grundlage für eine gerechte Transformation. Dazu gehört auch ein Recht auf Arbeit. Zudem wollen wir den steigenden CO<sub>2</sub>-Preis mit einem Instrument des sozialen Ausgleichs verbinden, das Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen entlastet.
- In jeder Krise liegt auch eine Chance. Diese wollen wir nutzen. Wir fördern regionale Transformationscluster und werden strukturschwache Regionen unterstützen, etwa durch gezielte Unternehmensansiedlungen. Wir werden ein Qualifizierungsgeld für Beschäftigte in Betrieben einführen, die sich neu orientieren müssen. Den Fachkräftemangel wollen wir entschieden angehen.
- Klimaneutralität bedeutet Veränderung für alle Sektoren. Durch die Produktion von grünem Wasserstoff in industriellem Maßstab, den schnellstmöglichen Ausbau der Erneuerbaren Energien und mehr Digitalisierung schaffen wir die Basis für eine ressourcenschonende Industrie und eine nachhaltige Mobilität. Wir wollen insbesondere die Schieneninfrastruktur schneller sanieren, elektrifizieren und ausbauen. Mit einem Industriestrompreis unterstützen wir die zunehmende Elektrifizierung von industriellen Prozessen.
- Wir wollen einen umfassenden Staatsfonds als Instrument der Transformation einrichten. Er soll öffentliches und privates Kapital mobilisieren und zur Finanzierung von Zukunftsaufgaben bereitstehen. Zudem forcieren wir den Kampf gegen Steuervermeidung und -hinterziehung. Eine gerechtere Besteuerung von hohem Einkommen und Vermögen ist für uns ein geeignetes Mittel, um soziale und nachhaltige Innovationen zu stärken und die Transformation zu finanzieren.

## Strukturwandel sozial gestalten

Vor uns liegt die größte Transformation unserer Wirtschaft und Arbeitswelt seit Beginn der Industrialisierung. Nach über 200 Jahren, in denen unser Wohlstand darauf gründete, Kohle, Öl und Gas zu verbrennen, muss uns in sehr kurzer Zeit der Übergang von einer fossilen Industriegesellschaft zu einer klimaneutralen und digitalen Wirtschaft und Industrie gelingen. Denn wir wollen Wohlstand sichern und ein hohes Maß an sozialer Sicherheit für Arbeitnehmer:innen gewährleisten. Der Klimawandel macht die Transformation unserer Gesellschaft notwendig und zwar in einem hohen Tempo.

In kurzer Zeit gibt es umfassende Veränderungen, die alle Lebensbereiche betreffen: Wir leben, lernen, arbeiten anders – auch unsere Vorstellung von Wachstum und Wohlstand steht auf dem Prüfstand. Die Digitalisierung, die Dekarbonisierung wirtschaftlicher Produktionsprozesse, der demographische Wandel sowie geostrategische Umbrüche bei der Energieversorgung stellen Deutschland und Europa vor enorme soziale und ökonomische Herausforderungen. Sie verlangen uns allen als Gesellschaft viel ab.

Zugleich bieten Veränderungen immer auch Chancen. Der Wandel muss dazu aktiv und vorausschauend gestaltet werden – und das tun wir. Mit einem starken Staat, der in Technologien von morgen investiert, auf mehr nachhaltige Energie setzt, eine ressourcenschonende Produktionsweise fördert und strukturschwache Regionen gezielt für die Zukunft aufstellt. Aus sozialdemokratischer Sicht ist es unerlässlich, dass der Weg zur Klimaneutralität nicht zulasten der Schwächeren in unserer Gesellschaft geht. Es geht darum, unseren Wohlstand zu erhalten und den sozialen Zusammenhalt in unserer Gesellschaft zu stärken.

Insbesondere in Ostdeutschland steht nach den Umbrüchen 1989/1990 mit dem Übergang in ein klimaneutrales Zeitalter ein erneuter Transformationsprozess an, den es nach den Erfahrungen der Wendezeit gerechter zu gestalten gilt. Der Veränderungsprozess wird gelingen, wenn wir die Voraussetzungen schaffen, dass Kosten und Chancen gerecht verteilt sind. Nur so wird dieser Wandel auch von einer Mehrheit der Bevölkerung in Zukunft getragen.

Bürger:innen sollen angstfrei und mit einem Grundvertrauen in den Staat in die Zukunft blicken können. Soziale Stabilität ist dabei eine Grundvoraussetzung. Sie bietet Sicherheit im Wandel und schützt uns gegenüber künftigen Krisen. Wir wollen, dass sich die soziale Lage der Menschen in der Transformation verbessert, in dem wir die Chancen nutzen und mehr Fortschritt wagen. Wir wollen die Transformation zudem geschlechtergerecht bewältigen.

Wir sind überzeugt: Eine nachhaltige Wirtschaft ist widerstandsfähiger und schont unsere Umwelt. Der Ausbau Erneuerbarer Energien macht uns unabhängiger und schafft – gemeinsam mit der Digitalisierung – neue zukunftsgerichtete Arbeitsfelder und Wirtschaftszweige. Moderne Verkehrskonzepte verbessern die Daseinsvorsorge. Ein starker Sozialstaat, der Qualifizierung und Weiterbildung in den Vordergrund rückt, schafft Voraussetzungen für gute und sichere Arbeitsplätze. Umwelt- und Klimaschutz und die Schaffung von Arbeitsplätzen sind für uns kein Widerspruch.

Transformation ist ein Prozess, der uns die kommenden Jahre weiter beschäftigen wird – und den wir politisch kontinuierlich begleiten wollen. Insofern dient dieses Papier als eine Positionsbestimmung und Gesprächsgrundlage für eine Reihe von Fraktionsveranstaltungen mit Expert:innen ebenso wie mit Bürger:innen.

## Was wollen wir erreichen?

### Nachhaltige Stromerzeugung

Bereits zur Mitte des kommenden Jahrzehnts soll Strom vollständig nachhaltig erzeugt werden. Für uns gilt: Energie muss nachhaltig, bezahlbar und sicher sein. Mit den bereits beschlossenen Energiegesetzen sind wir einen sehr großen Schritt vorangekommen. Weitere Maßnahmen müssen und werden folgen.

Wir wollen das Strommarktdesign auf die Erzeugung aus Erneuerbaren Energien ausrichten und den Hochlauf von grünem Wasserstoff beschleunigen. Auch wollen wir unabhängiger von Importen von Windrädern und Solarzellen werden, was wir mit einer Rohstoffstrategie und der Ausgestaltung von Ausschreibungen sicherstellen.

Zugleich unterstützen wir Verbraucher:innen und Unternehmen dabei, ihren Energieverbrauch zu senken. Doch auf absehbare Zeit werden die Energiepreise hoch bleiben. Deshalb stellen wir die Preisbildung auf den Energiemärkten national und europäisch auf den Prüfstand.

### Klimaneutrale Industrie 4.0 – fortschrittliche Wirtschaft

Starke industrielle Kerne mit hochwertigen Arbeitsplätzen und die Fähigkeit, komplexe Wertschöpfungsketten zu beherrschen, sind die Grundlage für die internationale Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes. Industrie 4.0 bedeutet, Produkte nicht nur herzustellen, sondern Prozesse intelligent miteinander zu vernetzen, zu automatisieren und damit enorme Effizienzsteigerungen zu ermöglichen. Es bedeutet auch, dass innovative Akteure in wenigen Jahren Weltmarktführer werden können. Die Herausforderung ist, die bestehende industrielle Basis in ein neues, auch digitales, Zeitalter zu überführen und durch die Dekarbonisierung der Produktion Klimaneutralität zu erreichen. Voraussetzung dafür ist der schnellstmögliche Ausbau der notwendigen Infrastruktur, vom Digitalen über robuste Strom- und Wärmeleitungen bis hin zu Speichermöglichkeiten. Rohstoffintensive Industrien können nur mit einem schnellen Hochlauf von Wasserstofftechnologie bestehen. Den Bereich „Climate Tech“ entwickeln wir zu einem Innovations-treiber für unser Land und schaffen das richtige Umfeld, so dass Sprunginnovation und Wissenstransfer in die Wirtschaft gelingt.

Neben der Dekarbonisierung ist die Digitalisierung die zentrale Herausforderung, zeitgleich aber auch Chance für unsere gesamte Wirtschaft. Viele Branchen haben den Weg der Digitalisierung bereits konsequent eingeschlagen und können durch Automatisierung, digitale Produkte und Arbeitsprozesse ihre Unternehmen erfolgreich weiterentwickeln. Unser Ziel ist, dass insbesondere auch kleine und mittlere Unternehmen (KMU) als Rückgrat unserer Wirtschaft die Vorteile digitaler Technologien zu Wettbewerbsvorteilen machen können, und wir sie hierbei gezielt unterstützen. Die Transformation gelingt uns nur mit einem starken Handwerk. Daher wollen wir die Rahmenbedingungen für das Handwerk kontinuierlich verbessern.

Wir wollen zudem die Bedingungen für Gründungen, (Solo)-Selbständigkeit und junge Unternehmen in Deutschland verbessern und setzen uns für eine zügige Umsetzung der Startup-Strategie der Bundesregierung ein.

Die Herausforderungen auf dem Weg zu einer klimaneutralen, digitalisierten und damit wettbewerbsfähigen Wirtschaft können gelingen, wenn massive staatliche Investitionen in die erforderliche Infrastruktur mit den Anstrengungen der Unternehmen Hand in Hand gehen.

## **Mobilität der Zukunft**

Wir wollen, dass die Transformation hin zu einer klimaneutralen Gesellschaft auch durch die Mobilitätswende sozial gerecht gelingt. Mobilität muss nachhaltiger werden, gleichzeitig bezahlbar und Anwendungsfeld für technologische Innovationen sein. Angebot und Qualität des gesamten ÖPNV sollen in Stadt und Land ausgebaut werden. Dafür sind eine nachhaltige Finanzierung seitens des Bundes, der Länder und der Kommunen sowie die Einführung zusätzlicher Finanzierungsinstrumente erforderlich.

Prioritär ist für uns, dass die Schieneninfrastruktur umfassend saniert und ausgebaut wird. Die Aus- und Neubauvorhaben im Rahmen eines Deutschlandtakts, die Elektrifizierung des Netzes und die Digitalisierung der Schiene müssen beschleunigt vorangetrieben werden. Wir wollen, dass bis 2030 die zentralen Projekte eines Deutschlandtakts angeschoben werden und dass Teile des Netzes so früh wie möglich zur Verfügung stehen, um die Schiene zu einer attraktiven Alternative zu machen. Auch wollen wir, dass sich die Deutsche Bahn AG mit der gemeinwohlorientierten Infrastruktursparte innerhalb des integrierten Konzerns schnell neu aufstellt.

Wo möglich, setzen wir vorrangig auf die Elektromobilität, um fossile Kraftstoffe zu ersetzen. Das betrifft den Straßenverkehr mit batterieelektrischen Antrieben – bei Pkw, leichten Nutzfahrzeugen und Bussen – sowie den elektrifizierten Schienenverkehr. Im Straßenschwerlastverkehr, der Schifffahrt und dem Luftverkehr kommen vorwiegend grüner Wasserstoff oder andere CO<sub>2</sub>-neutrale synthetische Kraftstoffe zum Einsatz. Dazu müssen die Forschung und Entwicklung sowie die Marktreife für den Einsatz von alternativen Antriebsformen forciert werden, etwa die Brennstoffzellentechnologie.

Für Strom und grüne Kraftstoffe wollen wir schnellstmöglich ein leistungsfähiges Verteilnetz schaffen. Der Ausbau der E-Ladeinfrastruktur muss dem Fahrzeugabsatz vorausgehen. Infrastruktur ist die Voraussetzung für den Erfolg der Mobilitätswende. Wo marktwirtschaftliche Mechanismen nicht greifen, ist sie Teil der Daseinsvorsorge. Wir wollen also den Dreiklang aus der Verfügbarkeit von Strom und grünen Kraftstoffen, marktreifer alternativer Antriebstechnologien und flächendeckender, nutzerfreundlicher Tank- und Ladeinfrastruktur gewährleisten.

Neben der Antriebswende als Teil der Mobilitätswende wird auch eine nachhaltigere Stadtentwicklung benötigt, um nach dem Leitbild der „Stadt der kurzen Wege“ den Umweltverbund, insbesondere den Fuß- und Radverkehr, zu stärken und die Aufenthaltsqualität im öffentlichen Raum dauerhaft zu erhöhen.

## **Für zukunftssichere und lebenswerte Kommunen**

Die Städte und Gemeinden wollen wir zukunftssicher transformieren, das heißt energetisch möglichst unabhängig und gleichzeitig lebenswert gestalten. Wir setzen dafür auf eine Vielzahl dezentraler Maßnahmen – von Quartiersansätzen zur Wärmegewinnung und nachhaltigem Wohnungsbau über moderne Verkehrskonzepte bis hin zu lokalen Projekten zur Stromerzeugung aus Erneuerbaren Energien.

Insbesondere wollen wir innovativen, nachhaltigen und integrierenden Wohnraum fördern. Dazu gehört auch die Umsetzung der Wohngemeinnützigkeit zur Sicherung bezahlbaren Wohnraums. Der Klimaschutz muss dabei sowohl beim Bau einzelner Gebäude als auch bei der gesamten Städteplanung berücksichtigt werden. Das nur begrenzt vorhandene Bauland wollen wir nachhaltiger nutzen und dabei stärker in Quartieren und Stadtteilen denken. Dazu gehört auch, den Ausbau von Grün- und Erholungsflächen voranzutreiben, um Hitzeinseln zu vermeiden und bei Starkregenereignissen Versickerungen zu ermöglichen. Ebenso wichtig ist es, Bestandsbauten energetisch zu sanieren und mit der kommunalen Wärmeplanung zu verzahnen.

Wir machen uns stark für das gesellschaftliche Miteinander und den gesellschaftlichen Zusammenhalt vor Ort. Dazu gehören insbesondere gut ausgestattete Begegnungsstätten, Bürger- und Familienhilfen sowie vielfältige und bezahlbare Bildungs-, Sport-, Kultur-, Erholungs- und Freizeitangebote.

### **Umwelt- und tierfreundliche Landwirtschaft**

In der Landwirtschaft halten wir an dem eingeschlagenen Weg hin zu mehr Nachhaltigkeit fest. Ein Roll-back wird es mit uns nicht geben. Wir werden die Empfehlungen der Borchert-Kommission und der Zukunftskommission Landwirtschaft umsetzen. Sie zeigen Wege auf, wie Tierhaltung und Landwirtschaft zukunftsfester werden können.

Noch in diesem Jahr wollen wir eine verpflichtende staatliche Tierhaltungskennzeichnung einführen. Gleiches gilt für die Bundesstrategie Ökologischer Landbau als Beitrag zum 30 Prozent-Ziel Ökolandbau bis 2030. Eine Ernährungsstrategie, die derzeit entwickelt wird, trägt ab 2023 zur Transformation unseres Ernährungssystems bei.

### **Gute Arbeit und sozialer Zusammenhalt**

Arbeit ist und bleibt zentrale Quelle von Wohlstand, ist sinnstiftend und stärkt den sozialen Zusammenhalt in einer sich rapide wandelnden Welt. Durch den technologischen Wandel wird uns die Arbeit nicht ausgehen, sie wird sich nur stark und immer schneller verändern. Faire Löhne und gute Arbeitsbedingungen bleiben der Schlüssel zur Teilhabe am gesellschaftlichen Leben.

Wir werden deshalb das Recht auf Arbeit gewährleisten. Das bedeutet, dass sich die Solidargemeinschaft dazu verpflichtet, sich um jede:n Einzelne:n zu kümmern und jeder und jedem Arbeit und Teilhabe zu ermöglichen. Dafür bedarf es eines starken Sozialstaats mit gut ausfinanzierten und stabilen Sozialversicherungen, der den Bürger:innen den Rücken freihält.

Die Menschen erwarten zu Recht mehr Selbstbestimmtheit in ihrer Arbeit. Wir wollen den Wandel der Arbeitswelt deshalb auch dafür nutzen, mehr Vereinbarkeit zu ermöglichen, die Gleichstellung der Geschlechter voranzubringen und Selbstbestimmung im Erwerbsverlauf zu stärken. Digitalisierung darf nicht mit Ausbeutung verwechselt werden und gute Arbeitsbedingungen mit Tarifverträgen keine Sonderstellung im Bereich des *New Work* haben. Wir werden die hart erkämpften Schutzstandards entschlossen verteidigen. Wir wollen die Chancen und die Potentiale der Digitalisierung für neue Freiräume für die Arbeitnehmer:innen nutzen, ohne den Schutz zu verringern. Denn gute Arbeitszeitpolitik ist Arbeitsschutzpolitik; sie reduziert Stress und Überlastung und trägt bei zu gesunderhaltenden und altersgerechten Arbeitsbedingungen.

### **Moderne Gesellschaft**

Die Digitalisierung der Kultur eröffnet ein spannendes gesellschaftspolitisches Transformationsfeld. Wir wollen neue digitale Kommunikationswege wagen, um auch diejenigen Menschen zu erreichen, die bislang nicht den Weg ins Museum, Theater oder in den Konzertsaal gefunden haben. Mehr Digitalisierung schafft mehr kulturelle Teilhabe und damit auch mehr Vielfalt in Kultureinrichtungen.

Gerade in polarisierten Zeiten ist es wichtig, dass Menschen im Gespräch zueinanderfinden. Kulturorte bieten diese Räume zur Verständigung und Beteiligung. Kultur gehört zu einer offenen und vielfältigen demokratischen Gesellschaft.

Freie und unabhängige Medien sind die Grundlage für eine freie Meinungsbildung und den Austausch in unserer Gesellschaft. Wir wollen daher die mediale Vielfalt sowie den Pluralismus von Meinungen und

Inhalten sichern und den Zugang zur öffentlichen Kommunikation ausbauen zum Beispiel durch die Förderung der Medienkompetenz.

Die gesellschaftliche Transformation betrifft auch die Rechtspolitik, die idealerweise neue Entwicklungen zeitnah und angemessen im Recht abbildet. Daher wollen wir das Familienrecht modernisieren, das Namensrecht liberalisieren, Schutzlücken im Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz schließen sowie das Transsexuellengesetz durch ein Selbstbestimmungsgesetz ersetzen.

## Wie wollen wir es erreichen?

### Maßnahmen zum Schutz der Industrie

Dekarbonisierung darf nicht zu Deindustrialisierung führen. Deshalb werden wir besonders die Unternehmen unterstützen, die den Weg zur klimaneutralen Produktion nicht aus eigener Kraft schaffen. Wichtigstes Element für die klimaneutrale Transformation der Industrie ist die Verfügbarkeit von günstigem Strom aus Erneuerbaren Energien. Mit einem international wettbewerbsfähigen, idealerweise EU-weiten Industriestrompreis können zahlreiche industrielle Prozesse elektrifiziert und die Nutzung insbesondere von Gas reduziert werden. Wo Gas stofflich genutzt wird, setzen wir auf nachhaltigen Wasserstoff. Die inländische Produktion von grünem Wasserstoff muss dafür aufgebaut und der Import von grünem Wasserstoff organisiert werden. Wir fordern zudem, mehr in die Erforschung und Erprobung von experimentellen Technologien und Methoden zu investieren.

Unsere Wirtschaft, insbesondere die energieintensive Industrie, kann im globalen Wettbewerb nur bestehen, wenn die zusätzlichen Kosten der Transformation abgedeckt werden. Neben einem Industriestrompreis sind dazu Klimaverträge (CCfD) sowie Klimazölle und Grenzausgleichsmaßnahmen (CBAM) geeignet, weil sie den europäischen Markt vor weniger klimafreundlichen und damit billigeren Produkten aus dem außereuropäischen Ausland schützen. Gleichzeitig ist die deutsche Exportwirtschaft auf günstige Vorprodukte aus dem Ausland angewiesen, die in Deutschland weiterverarbeitet werden. Wir setzen uns dafür ein, diesen möglichen Zielkonflikt zu lösen. Handelskonflikte mit Nicht-EU-Staaten müssen unbedingt vermieden werden.

Der von Deutschland initiierte Klimaclub ist ein weiteres Element. Verständigen sich die großen Staaten weltweit auf gemeinsame Klimaschutzstandards in der Produktion, fallen mögliche Wettbewerbsnachteile zwischen diesen Staaten weg. Auch das kann dazu beitragen, dass hochwertige und nachhaltig produzierte Produkte „Made in Germany“ konkurrenzfähig bleiben.

Für die Transformation braucht unsere Wirtschaft starke, auf gemeinsamen Werten basierende Rohstoffpartnerschaften und Handelsabkommen. Wir unterstützen daher die EU-Kommission auf ihrem Weg zu einer neuen Generation von Handelspartnerschaften, in denen Nachhaltigkeit und Arbeitnehmerrechte gestärkt und der Investitionsschutz modernisiert wird.

Wollen wir die Potenziale digitaler Technologien heben, muss der Ausbau der digitalen Infrastruktur konsequent fortgeführt werden. Darüber hinaus gilt es, KMU über die bestehenden und etablierten Förderprogramme bei der Einführung digitaler Technologien und Weiterqualifizierung der Mitarbeitenden zu unterstützen. Diese Programme müssen finanziell gut ausgestattet und unbürokratisch nutzbar sein.

Für innovative Startups wollen wir die Finanzierungsmöglichkeiten erheblich erweitern und damit junge Unternehmen in verschiedenen Finanzierungsphasen mit einem Schwerpunkt auf der kapitalintensiven Wachstums- und Skalierungsphase stärken. Zusammen mit privaten Investor:innen werden wir mehr privates und öffentliches Kapital für den Wagniskapital-Standort Deutschland mobilisieren.

### **Tempo beim Ausbau und der Sanierung von Infrastruktur**

Oft stehen langwierige Planungs- und Genehmigungsverfahren dem Infrastrukturausbau sowie dem Aus- und Umbau von Industrieanlagen, der für eine klimaneutrale Produktion unabdingbar ist, im Weg. Es braucht deshalb einen breit angelegten Konsens zwischen Bürger:innen, Unternehmen, Umweltverbänden und anderen Gruppen, um festzulegen, welche Ziele auf welchem Weg erreicht werden sollen. Jede dieser Gruppen muss sich zu ihrer Verantwortung zur Erreichung der Ziele bekennen. Wir prüfen, wie Beteiligungsverfahren optimiert werden können, etwa wenn nur betroffene Gruppen eingebunden werden. Begleitend müssen wir die Bedeutung der Transformation öffentlich deutlich machen.

Wie beim LNG-Gesetz deutlich geworden ist, müssen bestimmte Projekte priorisiert werden, damit sie schnell umgesetzt werden können. Deshalb setzen wir uns für weitere Ausnahmen auf europäischer Ebene ein, die es erlauben, wichtige Projekte schneller umzusetzen. Wir unterstützen auch den Vorschlag der Go-To-Areas, in denen der Ausbau der Erneuerbaren Energien unbürokratisch und schnell erfolgen kann.

Verfahrensschritte sollen möglichst verkürzt und digitalisiert werden sowie parallel ablaufen können. Auch das Personal in den zuständigen Behörden muss aufgestockt werden. Jahrelange Planungsverfahren mit unabsehbaren Projektblockaden durch Klagen müssen der Vergangenheit angehören. Dazu wollen wir insbesondere das Klagerecht so gestalten, dass Missbrauch verhindert wird. Wo Konsens der Beteiligten nicht möglich ist, müssen rechtssichere Verfahren beschleunigt Planungssicherheit herbeiführen.

Wir benötigen insbesondere eine deutliche Beschleunigung bei Vorhaben im Bereich der Schieneninfrastruktur inklusive der Streckenelektrifizierung. Dafür könnten das Raumordnungsverfahren bei Aus- und Neubauprojekten des Bedarfsplans Schiene zur Beschleunigung der Umsetzung eines Deutschlandtakts entfallen, die Leistungsphasen (nach „HOAI“, Honorarordnung für Architekten und Ingenieure) bei Schienenprojekten verschlankt und auf eine Nutzen-Kosten-Untersuchung bei Elektrifizierungsmaßnahmen zukünftig generell verzichtet werden.

Es soll geprüft werden, inwieweit Regelungen des Artenschutzes beim Neu- und Ausbau der Verkehrsinfrastruktur weiter spezifisch angepasst werden können, ähnlich wie beim Ausbau der Erneuerbaren Energien. Lärmschutzregeln sollen daraufhin überprüft werden, ob sie den Realisierungsfortschritt beim eigentlichen Bauvorhaben behindern. Für Ersatzneubauten insbesondere bei Ingenieurbauwerken braucht es eine klare und rechtlich verlässliche Definition, die sich auch an den Erfahrungen aus der Infrastrukturerneuerung nach der Flut im Ahrtal orientiert. Wir erwarten, dass der Bund prüft, ob zum Beispiel durch so genannte Flying Teams die notwendigen regionalen Planungs- und Genehmigungsprozesse unterstützt werden können.

### **Für mehr Digitalisierung sorgen**

Voraussetzung für alle wichtigen und notwendigen digitalpolitischen Maßnahmen ist eine flächendeckende, leistungsfähige und sichere Versorgung mit Glasfaser und Mobilfunk innerhalb Deutschlands. Um den Ausbau zu beschleunigen, soll die Gigabitstrategie Maßnahmen zum Ausbau neu ordnen.

Die wirtschaftlichen Potenziale der Digitalisierung sind bei Weitem noch nicht ausgeschöpft. Um die digitale Souveränität zu erhöhen, fördern wir digitale Innovation in Deutschland und setzen uns – auch europaweit – für einen fairen Wettbewerb ein, der große Plattformunternehmen in ihre Schranken weist. Wir erhöhen den Verbraucherschutz, indem wir das Recht auf Interoperabilität und Portabilität einführen. Außerdem setzen wir bei der Förderung von digitalen Angeboten auf offene Standards, Open Source und europäische Ökosysteme und die Datensouveränität der Nutzer:innen.

Deutschland ist ein Vorreiter darin, die Privatsphäre und den Persönlichkeitsschutz im digitalen Raum – auch auf europäischer Ebene – von Nutzer:innen hochzuhalten. Wir werden den Datenschutz weiterhin fördern und sehen diesen nicht als Innovationshemmnis, sondern als Wettbewerbsvorteil.

Entscheidungen, die mittels künstlicher Intelligenz getroffen werden, müssen transparent und nachvollziehbar sein und Diskriminierung ausschließen. Bei den Verhandlungen zum Artificial Intelligence Act (AIA), bei dem es im Kern um die Regularien für vertrauensvolle Künstliche Intelligenz (KI) geht, werden wir uns entsprechend einsetzen.

Der Staat braucht einen Digitalisierungsschub. Der Ausbau des Angebots an digitalen Verwaltungsdienstleistungen ist besonders dringlich. Die Umsetzung und Weiterentwicklung des Onlinezugangsgesetzes gehen wir daher prioritär an. Durch die Einführung eines sogenannten Digitalchecks sorgen wir dafür, dass Gesetze so ausgestaltet werden, dass sie unter anderem zu einer wirksamen Verwaltungsdigitalisierung beitragen. Wir begreifen die Digitalisierung der Verwaltung auch als Möglichkeit, Bürokratie abzubauen und die Effizienz der Verwaltung zu steigern.

Die Transformation zu einem modernen Staat muss alle Teilbereiche abdecken und schließt die Justiz mit ein. Durch Digitalisierung auf allen Ebenen wollen wir die Effizienz der Verfahrensführung erhöhen und damit gleichzeitig auch das Personal, von den Richter:innen bis zu den Geschäftsstellen, entlasten. Dabei haben wir das hohe Vertrauen der Bevölkerung in die Justiz im Blick. Durch schnellere Verfahren, digitale Auskünfte und Aktenführung wird der Zugang zur Justiz für die Bevölkerung niedrigschwelliger und einfacher. Das fördert insgesamt die Akzeptanz und das Vertrauen in die richterliche Gewalt.

Bürokratische Hürden erschweren oft den Zugang von Bürger:innen zu Leistungen. Teilweise sind Eltern angesichts der Vielfalt an Familienleistungen überfordert und verzichten auf die Unterstützung. Die Kindergrundsicherung werden wir deshalb als einfache, automatisiert berechnete und ausgezahlte, digitale Leistung konzipieren. Damit das Geld auch dort ankommt, wo die Unterstützung am meisten gebraucht wird. Denn kein Kind soll hierzulande in Armut aufwachsen.

### **Arbeits- und Fachkräftebedarf decken**

Um die Anforderungen der Transformation zu bewältigen, müssen alle Möglichkeiten zur Fachkräftegewinnung genutzt werden. Zentral für uns ist dabei das Recht auf Arbeit. Flankierend dazu gehört, die Fachkräfteeinwanderung zu vereinfachen und zu forcieren, einen Spurwechsel zu ermöglichen, Aus- und Weiterbildung auch im fortgeschrittenen Alter zu fördern sowie die Arbeitswelt familienfreundlicher zu gestalten.

Das Recht auf Arbeit bedeutet zunächst, alles dafür zu tun, dass Arbeitslosigkeit erst gar nicht entsteht. Dazu gehört mehr Prävention im Bereich Gesundheit und Qualifizierung. Tritt Arbeitslosigkeit dennoch ein, werden möglichst schnell Qualifizierungsangebote gemacht. Wer arbeiten möchte, soll ein seiner Lebenslage und seiner Qualifikation entsprechendes Arbeitsangebot erhalten.

Die Arbeitsbedingungen in den Branchen, in denen es bereits jetzt oder absehbar zu wenig Fachkräfte gibt, müssen schnell attraktiver werden. Die Vereinbarkeit von Familienarbeit und Beruf für Frauen und Männer werden wir weiter stärken. Um älteren Beschäftigten zu ermöglichen, länger im Arbeitsleben zu bleiben, setzen wir ein Programm für gesunde Arbeit um und stärken Prävention und Rehabilitation weiter. Zudem müssen die Möglichkeiten für alle geflüchteten Menschen zur Integration in den Arbeitsmarkt besser ausgebaut werden.

Damit alle die mit dem Wandel der Arbeitswelt verbundenen Möglichkeiten nutzen können, wollen wir die Arbeitslosenversicherung zu einer solidarischen Arbeitsversicherung weiterentwickeln. Sie soll den



Menschen mit einem frühzeitigen und ganzheitlichen Beratungsangebot dabei helfen, gar nicht erst arbeitslos zu werden.

Gerade diejenigen, die besonders vom Strukturwandel betroffen sind, müssen sich darauf verlassen können, dass wir ihnen Sicherheit geben und neue Perspektiven eröffnen. Weiterbildung ist dazu der zentrale Schlüssel. Mit einem Qualifizierungsgeld unterstützen wir die Qualifizierung von Beschäftigten in Betrieben, die sich neu orientieren müssen.

Wer Bildungszeit oder Bildungsteilzeit beantragt, erhält ein Recht, sich von seinem Beruf freistellen zu lassen oder die Arbeitszeit zu reduzieren. Die Bildungszeiten werden wir mit einer finanziellen Förderung ausgestalten, um Lohninbußen zu kompensieren. Wir werden mit dem Arbeitslosengeld Q einen Anspruch auf Qualifizierung einführen, der bereits nach drei Monaten ohne neue Erwerbsarbeit greift. Für Menschen in Arbeitslosigkeit und in der Grundsicherung weiten wir im Rahmen des Bürgergeldes die eigenständige Förderung von Grundkompetenzen aus und stellen klar, dass die Vermittlung in Arbeit keinen Vorrang vor einer beruflichen Aus- und Weiterbildung hat. Bei beruflicher Qualifizierung erhalten SGB II- und III-Leistungsberechtigte ein zusätzliches, monatliches Weiterbildungsgeld.

Die Integration in den Arbeitsmarkt kann je nach Ausgangslage und in Abhängigkeit von den Rahmenbedingungen kürzer oder länger sein. Für Menschen, die trotz bester Unterstützung keine Perspektive auf dem ersten Arbeitsmarkt haben, wollen wir sinnvolle und sozial abgesicherte öffentlich finanzierte Tätigkeiten im Rahmen eines öffentlichen oder sozialen Arbeitsmarktes – falls nötig auch dauerhaft – anbieten. Wir werden den sozialen Arbeitsmarkt entfristen und die Zahl der Stellen deutlich ausbauen. Zudem müssen wir unser Einwanderungsrecht weiterentwickeln und bewährte Ansätze des Fachkräfteeinwanderungsgesetzes wie die Westbalkanregelung entfristen, um Arbeitskräften zur Jobsuche den Zugang zum deutschen Arbeitsmarkt zu ermöglichen. Zugleich werden wir die Anforderungen für die Einreise von Fachkräften verringern und die Hürden bei der Anerkennung von Bildungs- und Berufsabschlüssen aus dem Ausland absenken. Auch Ausbildungspartnerschaften, von denen Migrant:innen, Herkunftsländer und Zielländer profitieren ("triple win"), wollen wir verstärkt fördern. So können dringend benötigte Fachkräfte zielgerichtet ausgebildet werden.

### **In Forschung und Innovation investieren**

Entscheidend für die zweite Hälfte der Transformation in den 2030er und 2040er Jahren werden signifikante Weiterentwicklungen von Schlüsseltechnologien und disruptive Innovationen sein. Um diese frühzeitig zu identifizieren und heute bereits die richtigen Weichen zu stellen, braucht es bessere Foresight-Strukturen. Zur Sicherstellung der Wertschöpfung von Morgen werden wir konkrete anwendungsorientierte Innovation entlang der Kernkompetenzen deutscher Unternehmen besonders unterstützen.

Zudem brauchen wir mehr Investitionen in Forschung und Innovationen. Wir werden weiterhin in unsere Forschungsinfrastruktur investieren und bestehende Instrumente weiterentwickeln und verbessern. Für uns sind Bildungs- und Forschungsausgaben Investitionen in unsere Zukunft – denn der deutsche Forschungs- und Innovationsgeist ist unser größtes Kapital. Die Grundvoraussetzung dafür ist jedoch ein leistungsfähiges und gutes Bildungssystem, das niemanden zurücklässt. Dafür braucht es eine neue Kooperationskultur mit den Bundesländern. Der Bund nimmt seine Verantwortung wahr und wird die Länder auch weiterhin unterstützen. Gleichzeitig muss gewährleistet sein, dass die bereitgestellten Mittel zweckgebunden, effizient und transparent eingesetzt werden.

### **Regionen beim Strukturwandel unterstützen**

Transformation kann nur dann gelingen, wenn sie von den Regionen her gedacht wird. Dazu müssen regionale Stärken noch besser erkannt und gefördert werden. Gezielte Unternehmensansiedlungen können dazu beitragen, diese Disparitäten zwischen den Regionen zu reduzieren und dem Ziel der

gleichwertigen Lebensverhältnisse näher zu kommen. Die Ansiedelung von Tesla in Brandenburg und Intel in Sachsen-Anhalt sind positive Beispiele. Mit den Important Projects of Common European Interests (IPCEI) steht ein europäisches Instrument der aktiven Industriepolitik zur Verfügung, das wir auch weiterhin nutzen wollen, um gezielt in Technologien und Schlüsselbranchen, beispielsweise in die Wasserstoffwirtschaft oder in die Batteriezellenproduktion, zu investieren.

Das zentrale Programm zur Reduzierung wirtschaftlicher Ungleichheiten zwischen Regionen ist die „Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW)“. Unser Ziel ist es, das Programm finanziell aufzustocken, um mehr zukunftsweisende Projekte der Innovationsförderung, Digitalisierung, Produktivitätssteigerung, Nachhaltigkeit und Dekarbonisierung zu fördern. Wir werden diese dabei konsequent entlang der Ziele der Transformation ausrichten.

Wegen des regionalen Ansatzes muss die Transformation in einem ganzheitlichen und konsistenten Rahmen gedacht und umgesetzt werden. Deshalb setzen wir auf regionale Kompetenz-Cluster, um die Stärken der verschiedenen Regionen miteinander zu verzahnen und so Synergien zu schaffen. Dies gilt für die Transformation hierzulande ebenso wie für die Verzahnung auf europäischer Ebene. Um Regionen eine stärkere interkommunale Kooperation im Strukturwandel zu ermöglichen, wollen wir zielgenaue Unterstützungsmaßnahmen prüfen und uns dabei an den Mechanismen der Strukturwandelansätze in den Kohleausstiegsregionen orientieren.

Transformation muss nicht zuletzt auch von den Menschen vor Ort mitgetragen und gestaltet werden. Sie müssen von Beginn an durch eine klare und transparente Kommunikation eingebunden werden, insbesondere in denjenigen Regionen, die von transformativen Prozessen und Entwicklungen besonders stark betroffen sind.

### **Für mehr Mitbestimmung in der Transformation sorgen**

In der Vergangenheit hat sich gezeigt, dass sich Menschen in von Unsicherheit geprägten Krisenzeiten und im Wandel insbesondere in strukturschwachen Regionen oft nicht mitgenommen fühlen. Ökonomische, ökologische und soziale Dimensionen der Transformation müssen daher zusammengedacht werden. Das Spannungsfeld zwischen sozial-ökologischer Transformation und einem kollektiven Pessimismus kann aufgelöst werden, indem wir den Dialog mit den Bürger:innen ebenso stärken wie mit der Zivilgesellschaft – und damit das Vertrauen in unsere Demokratie festigen.

Wir werden den Strukturwandel nur erfolgreich bewältigen, wenn er auf Augenhöhe von Unternehmen, ihren Beschäftigten und der Politik gestaltet wird. Deshalb müssen Gewerkschaften und Betriebsräte gleichberechtigte Partner der regionalen Transformationsverbände sein.

Augenhöhe braucht es aber auch bei der betrieblichen Gestaltung der Transformation. Wir wollen daher die Mitbestimmung stärken und an die aktuellen Herausforderungen anpassen. Die neuen technologischen Möglichkeiten bieten die Chance, die Arbeitsbedingungen in Unternehmen und Betrieben zu verbessern, Belastungen zu verringern und die Handlungsspielräume der arbeitenden Menschen zu erweitern. Mehr echte Mitbestimmungsrechte bei der Beschäftigtensicherung und Betriebsänderungen, beim Einsatz von Leiharbeit und Werkverträgen, beim Einsatz neuer Technologien, die z.B. auch zur Überwachung von Beschäftigten genutzt werden können, und Arbeitsweisen wie die der KI, bei der Personalbemessung und bei der betrieblichen Weiterbildung sind eine zentrale Voraussetzung für gelungenen Wandel.

Auch bei Plattformarbeit müssen Arbeitnehmer:innenrechte unvermindert gültig und wirksam sein. Wir stehen für ein nachhaltiges Wirtschaftsmodell, das auf Guter Arbeit in tarifgebundenen und demokratisch mitbestimmten Unternehmen beruht. Die Abschaffung von Ohne Tarif-Mitgliedschaften und die Erleichterung der Allgemeinverbindlichkeitserklärung sind für uns wichtige Anliegen.

Wir unterstützen die Allianz für Transformation, der der Bundeskanzler ins Leben gerufen hat. Die Anbindung an den Bundestag und die Länderparlamente muss sichergestellt werden.

## **Auf nationaler und europäischer Ebene in Transformation investieren**

### **Für eine gerechte Finanzierung von Transformation, Innovation und Nachhaltigkeit**

Auf nationaler Ebene haben wir in einem ersten Schritt den Energie- und Klimafonds zu einem Klima- und Transformationsfonds weiterentwickelt und mit erheblichen zusätzlichen Mitteln ausgestattet, um zielgerichtet Maßnahmen zum nationalen und internationalen Klimaschutz und zur Transformation der Wirtschaft zu finanzieren. Dies gilt auch für Maßnahmen zur Förderung der klimafreundlichen Mobilität. Künftige Einnahmen aus dem CO<sub>2</sub>-Handel wollen wir gezielt für den Klima- und Transformationsfonds verwenden und somit den Umstieg auf nachhaltige Produktions- und Lebensweisen finanzieren. Insgesamt werden wir bis 2026 allein über dieses Instrument mehr als 200 Milliarden Euro zur Verfügung stellen.

Doch auch darüber hinaus werden eine starke Investitionsorientierung und aktive Transformationspolitik erforderlich sein, um eine gute Zukunft zu gestalten. Wir brauchen einen aktiven Staat, der in die Märkte und Technologien der Zukunft sowie eine nachhaltige und bezahlbare öffentliche Infrastruktur investiert, mit einer klugen Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik Gute Arbeit ermöglicht und als starker Sozialstaat Sicherheit im Wandel garantiert. Diesen Weg werden wir gemeinsam mit allen Stakeholdern gehen, allen voran den Gewerkschaften.

Diese staatliche Handlungsfähigkeit muss durch eine solidarische Finanzierung gesichert werden. Für uns ist klar, dass sehr hohe Einkommen, große Vermögen und die direkten Profiteure der Transformation einen fairen Anteil an den Kosten der Transformation zu tragen haben. Unser Ziel ist, durch eine gerechtere Besteuerung mehr Gemeinwohlorientierung zu erreichen und Zukunftsgestaltung zu ermöglichen. Zugleich werden wir den Kampf gegen Steuerbetrug und Steuervermeidung national, europäisch und international weiter forcieren.

Darüber hinaus sprechen wir uns für eine stärkere staatliche Regulierung des Finanzmarktes aus. Das bedeutet, dass der Staat den Kapitalmarkt als Ort der sozialen und ökologischen Marktwirtschaft mitgestaltet und auch in Partnerschaft mit privaten Investoren Finanzflüsse steuert.

Wir wollen dazu einen Staatsfonds als weiteres modernes und gemeinwohlorientiertes Finanzierungsinstrument für die Transformation einrichten. Dieser Fonds soll mittels finanzieller Transaktionen aus dem Bundeshaushalt grüne, soziale und digitale Investitionen tätigen sowie privates Kapital für die Finanzierung der Transformation mobilisieren.

Ein Staatsfonds im 21. Jahrhundert bündelt bestehende Instrumente, Finanzmittel und Know-How (Fonds zur Finanzierung der kerntechnischen Entsorgung – KENFO, Pflegevorsorgefonds, KfW Capital) in einer Institution und stößt dabei Veränderung an. Diese Institution verwaltet, investiert und nimmt Ausschüttungen vor, hält unterschiedliche Finanzierungsinstrumente für Aufgaben wie beispielsweise Wachstumskapitalfinanzierung oder Förderung von sozialem Unternehmertum vor. Als Finanzierungsquelle nutzen wir dabei auch nachrichtenlose und verwaiste Vermögen, um gesellschaftliches Innovationspotential zu heben.

In einem Investitions- und Transformationspakt wollen wir zwischen Bund, Ländern, Kommunen sowie unter Beteiligung weiterer Partner gemeinsame investitions- und transformationspolitische Leitlinien und Schwerpunkte festlegen.

Die staatliche Förderbank KfW wollen wir weiterentwickeln und künftig stärker als Innovations- und Investitionsagentur wirken lassen. Wir wollen ermöglichen, dass privates Kapital institutioneller Anleger, wie Versicherungen und Pensionskassen, für die Startup-Finanzierung mobilisiert werden kann.

Aus technischem Fortschritt muss auch sozialer Fortschritt werden. Wir wollen den steigenden CO<sub>2</sub>-Preis mit einem Instrument des sozialen Ausgleichs verbinden, das insbesondere Menschen mit mittlerem und kleinem Einkommen deutlich entlastet. Für Direktzahlungen an alle Bürger:innen muss das Bundesfinanzministerium – wie im Koalitionsausschuss vereinbart – schnellstmöglich einen Auszahlungsweg über die Steuer-ID ermöglichen.

### **Für starke Zukunftsinvestitionen in Europa**

Unsere nationalen Anstrengungen brauchen zugleich einen europäischen Rahmen, der auf Investitionsförderung und aktive Transformation als gemeinsame europäische Zukunftsaufgabe gerichtet ist. Europa braucht ambitionierte investitionspolitische Leitlinien, die große Investitionsprojekte von gemeinsamen europäischem Interesse gezielt und koordiniert vorantreiben, Synergien schaffen und den europäischen Investitions- und Innovationsstandort insgesamt stärken. Das europäische Wettbewerbs- und Kartellrecht ist so zu ändern, dass große gemeinsame europäische Investitionsvorhaben auch mit der privaten Wirtschaft leichter zu realisieren sind, mit dem Ziel, Europas technologische Wettbewerbsfähigkeit und Unabhängigkeit auch im globalen Maßstab zu stärken.

Zudem ist es wichtig, dass die EU dazu beiträgt, die für die Transformation nötigen finanziellen Mittel zu mobilisieren. Der EU-Haushalt ist dafür – über die bereits erreichten Verbesserungen hinaus – noch stärker auf Zukunftsinvestitionen, Nachhaltigkeit und gerechte Transformation auszurichten. Zudem hat der Wiederaufbaufonds „NextGenerationEU“ in Krisenzeiten einen starken und solidarischen Impuls für nachhaltige Zukunftsinvestitionen gegeben. Dies ist ein echter Meilenstein. Unser Ziel ist es, auf diesem Integrationsfortschritt aufbauend perspektivisch eine dauerhaft gestärkte EU-Fiskalkapazität zu schaffen, die gemeinsame Investitionen in die Transformation nachhaltig unterstützt. Zur Finanzierung wollen wir dafür verstärkt auch neue EU-Eigenmittel nutzen. Weiterhin setzen wir uns dafür ein, dass der neu geschaffene EU-Klimasozialfonds stark und gut ausgestattet wird, um die von der Transformation betroffenen Bürger:innen sowie kleine Unternehmen bei dem Übergang direkt unterstützen und entlasten zu können. Mit diesen Maßnahmen schaffen wir moderne, gerechte und solidarische EU-Finanzierungsinstrumente.

Darüber hinaus bleibt es unverändert wichtig, die Debatte über die notwendige Weiterentwicklung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes fortzuführen – mit dem Ziel, Zukunftsinvestitionen zu erleichtern, realistische Regeln zum Schuldenabbau zu verankern sowie zugleich die Nachvollziehbarkeit und Transparenz des Paktes zu verbessern. Der Stabilitäts- und Wachstumspakt braucht ein Update, das ihn auf die Höhe der aktuellen und künftigen Herausforderungen bringt.

Mit Blick auf den nationalen wie europäischen Finanzierungsrahmen ist für uns klar: Die Folgekosten einer verzögerten oder gar scheiternden Transformation wären ungleich höher. Deshalb setzen wir uns sowohl national als auch europäisch für investitions- und transformationsfördernde Rahmenbedingungen und mutig gestaltende politische Impulse ein. Transformation und starke Zukunftsinvestitionen gelingen nur gemeinsam – wenn sich unsere Impulse in Deutschland